

CROSSING BORDERS

bewegungen und kämpfe der migration



transnational newsletter, 1. Ausgabe, Oktober 2006

Europaweite Legalisierung! oder warum der europäische Raum in eine Kampffeld für die Rechte der MigrantInnen verwandelt werden muss

Von Brüssel über Paris nach Barcelona, von Göteborg über Hamburg nach Rom und Athen, nahezu überall in Europa finden wir heute starke Kämpfe und Kampagnen von Migrantinnen und Flüchtlingen für ihre Legalisierung, für ihr Bleiberecht. Es ist fast genau 10 Jahre her, dass die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich begann, "Papiere für Alle" zu fordern, offensichtlich der Startpunkt eines neuen Zyklus migrantischer Kämpfe. Sicherlich sind die Bedingungen in den jeweiligen europäischen Ländern sehr unterschiedlich, und auch nochmal zwischen den Subjekten selbst. So scheint es bisweilen nicht einfach, Gemeinsamkeiten zu erkennen z.B. zwischen SaisonarbeiterInnen, die auf den Feldern im spanischen Andalusien ausgebeutet werden, und "legalen" MigrantInnen, die dauerhaft in Europa leben und arbeiten. Oder zwischen papierlosen MigrantInnen, die in Italien in prekären Jobs schuften, und "geduldeten Flüchtlingen", die in einem "Dschungellager" in Norddeutschland isoliert sind. Oder wie ist die Situation erst für MigrantInnen in einem Abschiebeknast in Polen oder der Ukraine, oder vor den Grenzzäunen von Ceuta und Melilla?

Die europäische Migrationspolitik ist Teil eines globalen Systems und ein Schrittmacher für verschärfte Kontrollen und Gesetze. Das EU-Grenzregime wird allerdings zunehmend verlagert, "externalisiert" nach Osten und in den Süden. Externalisierung meint, dass die "Nachbarländer" wie das frühere Jugoslawien, die Ukraine, Marokko, Libyen oder sogar Mauretanien in die EU-Grenzkontrollen eingebunden

werden. Und dass dann schon dort Abschiebelager aufgebaut werden. Aber diese Politik zielt nicht einfach auf Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen aus Europa, vielmehr geht es um einen Prozess "selektiver Einbeziehung". Illegalisierte junge und fitte MigrantInnen sollen ausgebeutet werden, und manche können dazu sogar legal einreisen, solange sie diese Niedriglohnbedingungen akzeptieren.

Migrantische Kämpfe unterlaufen, durchkreuzen und attackieren dieses Migrationsregime. Sie stellen nicht nur die Außengrenzen in Frage sondern auch die sozialen und juristischen Grenzen in Europa selbst. Das zeigt, dass MigrantInnen, Illegalisierte eingeschlossen, nicht einfach billige und leicht abschiebbare Arbeitskräfte sind. Sie sind vielmehr politische Subjekte, die für ihre Bewegungsfreiheit und ihr Bleiberecht kämpfen. Und die Erfahrung zeigt, dass Legalisierungen nicht einfach so von "aufgeklärten Regierungen" erlassen wurden, sondern dass der Druck migrantischer Proteste dafür jeweils entscheidend war.

Wir glauben, dass es im Kampf gegen dieses Migrationssystem nicht mehr ausreicht, unsere Forderungen nur an nationale Regierungen und Institutionen zu richten. Wir müssen zusätzlich in neuen politischen Kampagnen die europäischen Institutionen ins Blickfeld nehmen und von ihnen eine europaweite Legalisierung fordern. Anstatt weitere Illegalität zu produzieren, muss ein dauerhaftes Bleiberecht durchgesetzt werden. Und dieses muss nicht zuletzt die Entkopplung von Aufenthaltsrecht und Arbeitsvertrag beinhalten, um eine Ausweitung prekärer Arbeitsbedingungen zu vermeiden.



Unter dem Vorwand der Bekämpfung illegaler Migration führt die EU einen regelrechten Krieg gegen die Bewegungsfreiheit der Menschen. Und das ist der Grund, warum der europäische Raum in ein Kampfgebiet für die Rechte der MigrantInnen verwandelt werden muss. Wenn wir zu Recht behaupten, dass "kein

mensch illegal ist", egal welche Grenze inner- oder außerhalb Europas überschritten wurde, dann muss jeder "legalisiert" sein im gesamten europäischen Raum.

Von Warschau in Polen bis Nouakchott in Mauretanien 7. Oktober 2006: Transnationaler Aktionstag gegen Migrationskontrolle

Der Aufruf und die Aktionen am 7. Oktober sind ein wesentlicher Schritt gemeinsamen Widerstandes gegen eine unmenschliche Migrationspolitik. Die mitorganisierenden Gruppen beziehen sich zwar auf ihre jeweiligen lokalen oder nationalen Bedingungen. Gleichzeitig erfährt die Mobilisierung eine zunehmend transnationale Bedeutung. Osteuropäische AktivistInnen werden vor dem Büro von Frontex in Warschau (siehe Kasten) protestieren, während Initiativen in Nouakchott auf einer Pressekonferenz die Illegalisierung der Migration kritisieren. Von London bis Athen, von Hamburg bis Barcelona, in dutzenden europäischen Städten werden für den 7. Oktober zeitgleiche Demonstrationen und Aktionen erwartet. Und noch wichtiger: nicht nur in Mauretanien, sondern auch in Marokko, Tunesien und Benin sind Aktivitäten angekündigt. Zahlreiche Organisationen aus verschiedenen afrikanischen Ländern haben den Aufruf unterzeichnet und unterstützen die Forderungen für Bewegungsfreiheit und gegen die Migrationskontrollen. Insofern kann mit dem 7. Oktober ein neuer praktischer Schritt der europäisch-afrikanischen Kooperation von unten umgesetzt werden.

Von Bamako über Athen nach Rabat ...

Im Januar 2006 kam es zu ersten wichtigen Treffen zwischen afrikanischen und europäischen Organisationen im Rahmen des Weltsozialforums in Bamako/

Mali. Von dort aus wurde ein migrationsbezogener Aufruf veröffentlicht, mit einer scharfen Kritik an der europäischen Migrationspolitik. Geprägt von diesem Appell gab es den Beschluss in der Migrationsversammlung beim europäischen Sozialforum in Athen im Mai 06, einen gemeinsamen 3ten Aktionstag zu organisieren. Ein 1ster Aktionstag fand schon im Januar 04 statt, damals mit den Schwerpunkten für Legalisierung und gegen Abschiebelager. Ein 2ter Aktionstag folgte im April 05, mit der Forderung nach Bewegungsfreiheit als zentralem Slogan. Nun, für den 7. Oktober, erinnert schon das Datum an die eskalierten Ereignisse in Ceuta und Melilla letztes Jahr, und die sog. Externalisierung der Migrationskontrolle nach Afrika wurde zu einem thematischen Schwerpunkt. Ende Juni 06 fand in Rabat eine Gegenkonferenz zum "Afrikanisch-Europäischen Gipfel" (siehe Kasten) statt, und der Aufruf zum 7. Oktober wurde anschließend von mehr und mehr Initiativen aus Afrika unterzeichnet. Es wird - über den 7. Oktober hinaus - eine zentrale Herausforderung für die nächsten Monate und Jahre sein, diese Kontakte und Kooperationen zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Wenn wir auf konkrete Veränderungen hinzielen, wenn wir den europäischen "Export" von Migrationskontrolle auf den afrikanischen Kontinent stören oder gar stoppen wollen, benötigen wir eine wachsende Vernetzung auf transnationaler Ebene.

Was ist Frontex? Warum ein "Afrikanisch-Europäischer Gipfel" in Rabat?

Seit Sommer letzten Jahres hat die Militarisierung der europäischen Migrationspolitik einen neuen Namen: Frontex. Der Hauptsitz dieser "Europäischen Grenzschutzagentur" befindet sich in Warschau und seit August 2006 koordiniert sie erstmals eine EU-Eingreiftruppe mit Schiffen und Flugzeugen vor den Küsten Westafrikas, um zu verhindern, dass weitere Bootsflüchtlinge aus Afrika Europa erreichen. Doch offensichtlich noch ohne großen Erfolg: Täglich landen neue Boote auf den Kanarischen Inseln an, die z.T. über 1.200km entfernt von Mauretanien oder Senegal aus gestartet sind. Aber in den letzten Monaten sind dabei Hunderte von Menschen ertrunken oder an Hunger oder Durst gestorben. Sie riskieren diese neue, im Vergleich zur Straße von Gibraltar noch gefährlichere Route, nachdem die europäischen Regierungen immer mehr Druck auf die afrikanischen Länder ausüben, um sie zu Handlangern ihrer unmenschlichen Migrationspolitik zu machen. Anfang Juli 06 fand in Rabat ein "Afrikanisch-Europäischer Gipfel zu Migration und Entwicklung" statt, erneut in der Absicht, die afrikanischen Regierungen zur Übernahme von Maßnahmen der Migrationskontrolle zu zwingen. Vor allem nord- und westafrikanische Länder sollen die Migrantinnen auf ihrem Weg Richtung Europa blockieren und helfen, diese in die Wüste oder in subsaharische Länder abzuschieben. Daher sind es in erster Linie die europäischen Regierungen, die die Verantwortung tragen für die Tausenden von Toten in den letzten Jahren. Die erwähnte Frontex-Operation soll jetzt dazu beitragen, die verlagerten Fluchtwege zu zerschlagen: Der Krieg gegen die Flüchtlinge geht damit in die nächste Runde.

Chronik: Bewegungen und Kämpfe der Migration...

Im Folgenden haben wir Widerstandsfragmente und Schlaglichter migrantischer Proteste und Kämpfe aus einigen europäischen und afrikanischen Ländern zusammengeschrieben. In dieser Kürze kann es natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit geben, sondern Absicht ist, die Vielfältigkeit und Verschiedenheit der Bewegungen und Kampagnen einzufangen, mehr gegenseitiges Interesse und Austausch in Gang zu bringen, um damit letztlich nach möglichen Gemeinsamkeiten zu suchen. Und wenn wir die riesigen Mobilisierungen in den letzten Monaten in us-amerikanischen Städten beobachten, wo Millionen von MigrantInnen für ihre Legalisierung demonstriert haben, erkennen wir einmal mehr die zunehmende globale Bedeutung im Kampf für Bewegungsfreiheit.

Belgien: Im letzten Jahr haben sich in Belgien neue Kampfformen der Papierlosen entwickelt, insbesondere in Kirchenbesetzungen und Hungerstreiks. Dutzende von Kirchen wurden besetzt, jeweils mit der zentralen Forderung nach bedingungsloser Legalisierung. Zu Beginn unterschätzte die Regierung die Dynamik und gab - ohne ein neues Gesetz zu erlassen - den afghanischen Flüchtlingen, die als erstes mit einem Hungerstreik begonnen hatten, die Aufenthaltspapiere. Doch sofort sahen sich die Behörden mit einer neuen Welle von Streiks konfrontiert. Bisweilen reagierten sie mit Repression (mindestens 2 Kirchen wurden geräumt), immer mit scharfer Ablehnung ("der Staat läßt sich nicht erpressen!"), aber insgesamt wurden die Forderungen der Streikenden zumeist erfüllt. Doch das reicht der Sans Papier-Bewegung nicht, sie fordert ein Gesetz, das klare Kriterien für alle definiert.

Frankreich: Neben einem neuen Gesetz, das die "gewählte Migration" (z. B. ausgesuchte ArbeitsmigrantInnen) höher wertet als die "geduldete Migration" (Asylsuchende, Familienzusammenführung) hat der neue Runderlass vom 21.2.06 den Sans Papiers neue Fallen gestellt. Die Regierung versuchte zudem, Schulkinder aus und mit den Sans Papier Familien abzuschieben. Dagegen mobilisiert seit 1 1/2 Jahren ein breites Bündnis von Organisationen (RESF): Kinder werden versteckt, Kampagnen gestartet, am Flughafen gegen Abschiebungen protestiert und das nicht selten mit Erfolg. Während der Anti-CPE-Proteste besetzten ca. 100 Sans Papiers für einen Monat lang leerstehende Bürogebäude in der Nähe der Tolbiac-Universität. Sie wurden von den StudentInnen unterstützt und beteiligten sich in einigen Demonstrationen, Debatten und Versammlungen über Prekarisierung und Migration. Und die "1000 von Cachan", die seit 4 Jahren die Stadt-Universität in Cachan (einer Vorstadt von Paris) besetzt gehalten hatten, wurden am 17. August

nach anhaltendem Widerstand geräumt. Doch auch sie machen weiter mit neuen Besetzungen.

Deutschland: 22.4.06 "Bleiberecht!" lautet die gemeinsame Forderung gleichzeitiger Demonstrationen in mehreren Städten mit jeweils einigen 100 TeilnehmerInnen. 1.5.06: Prekarisierung und Migration ist das Thema einer Konferenz in Hamburg vor dem 1. Mai, der dann eine Euromayday-Parade mit ca. 2000 DemonstrantInnen folgt. 2.5.06: AktivistInnen besetzen zwei Dächer von Verwaltungsgebäuden des Abschiebelagers in Bramsche, dessen Schließung die BewohnerInnen in immer neuen Protesten und Aktionen fordern. Antirassistische Netzwerke und Selbstorganisationen von Flüchtlingen kämpfen weiter für Bleiberecht, gegen Lager und Abschiebungen (z.B. nach Togo oder Afghanistan). Siehe auch www.nolager.de

Italien: Im letzten Jahr haben migrantische und antirassistische Bewegungen ihren Kampf gegen das Bossi-Fini-Gesetz in allen großen Städten fortgesetzt. Proteste gegen Abschiebeknäste weiteten sich vom Norden auch in den Süden Italiens aus. Flüchtlinge und Asylsuchende forderten ein Gesetz ein, das ihren Status regelt, denn dieses existiert bislang nicht. Und mit dem Anwachsen migrantischer Bewegung wurden neue Organisationsformen erprobt: einerseits mit sozial-orientierten Basis-Gewerkschaften, um migrantische und prekäre ArbeiterInnen zu verbinden; andererseits mit der Vernetzung lokaler Komitees, die dem Prinzip der Autonomie und des Protagonismus der MigrantInnen folgt. Nach der erfolgreichen Mobilisierung im Dezember 05, als 30.000 MigrantInnen auf den Strassen von Rom demonstrierten, folgte nun im Juli eine Aktion vor dem Innenministerium. Der gerade neu gewählten Regierung wurde ein Forderungskatalog übergeben: die Abkopplung des Arbeitsvertrages vom Aufenthaltsrecht, die eindeutige Schließung aller Abschiebeknäste sowie eine dauerhafte Legalisierung ohne Einschränkungen bezogen auf Einkommen oder Arbeitsbedingungen.

Marokko: 24.7.06 Flüchtlinge aus dem subsaharischen Afrika versammeln sich vor dem Büro des UNHCR, und 27 von ihnen besetzen eine katholische Kirche in Rabat. Sie fordern vom UNHCR die Anerkennung ihrer Rechte als Flüchtlinge und entsprechenden Schutz und Hilfe, insbesondere für Minderjährige und Frauen. Zudem verlangen sie das Recht, in ein Drittland weiterzureisen, weil die marokkanischen Behörden eine Integration in die dortige Gesellschaft nicht zulassen. Die Polizei räumte die KirchenbesetzerInnen in einer brutalen Aktion, zwei Mit-



glieder einer Flüchtlingsorganisation kurzfristig vom Geheimdienst entführt, aber später wieder freigelassen.

Mauretanien: 31.8.06 Junge Fischer, begleitet von ihren Schwestern und Müttern, protestieren gegen die ständigen Kontrollen und Belästigungen bis hin zu Konfiszierungen von Booten durch die mauretanische Küstenwache. Sie drohten damit, ihre Lizenzgebühren nicht weiter zu zahlen oder sogar selbst "illegal" auszuwandern, wenn es so weitergeht. Denn 2 Wochen zuvor hatte die mauretanische Regierung dem Einsatz von Patrouillenschiffen sowie Flugzeugen und Hubschraubern der EU auf ihrem Territorium zugestimmt, um MigrantInnen auf dem Weg zu den Kanarischen Inseln abzufangen.

Mali: 26.8. 06 Zum 10ten Jahrestag der Räumung und Abschiebung der Sans Papiers aus der Kirche Saint-Bernard in Paris versuchten Initiativen eine Demonstration auf dem Freiheitsplatz vor der Stadthalle in Bamako zu organisieren. Doch die Polizei griff ein, drängte die Hälfte der Leute ab und nahm zwei Personen fest. Nach Protesten vor der Polizeistation wurden sie aber wieder freigelassen. Die Regierung von Mali will öffentliche Aktionen gegen Abschiebungen verhindern, weil sie bereits Mitte August der heimlichen Abschiebung von 160 MigrantInnen von den Kanarischen Inseln zustimmte.

Senegal: 2.6.06 MigrantInnen, die von den Kanarischen Inseln abgeschoben wurden, blockieren die Autobahn bei Dakar, um gegen ihre Misshandlung und diese Abschiebeflüge insgesamt zu protestieren. Die senegalesische Regierung setzte daraufhin diese Flüge aus und verweigerte auch EU-Schiffen und Hubschraubern den Einsatz in ihren Gewässern. Aber Ende August stimmte sie dann "gemeinsamen Patrouillen" zu, wohl gegen Geldzahlungen, die sich dann "Entwicklungshilfe" nennen.

Schweden: Das Netzwerk "Flüchtlingsamnestie 2005" startete eine Kampagne für die Legalisierung der rund 30.000 Flüchtlinge, deren Asylanträge von den Behörden abgelehnt worden waren, die aber aus verschiedenen

Gründen entschieden hatten, im Land zu bleiben. Als Reaktion auf die Kampagne wurde ein zeitlich befristetes Gesetz eingeführt, das zunächst zur Freilassung aller Flüchtlinge aus der Abschiebehafte führte und mittlerweile für die Hälfte der 30.000 Betroffenen eine Aufenthaltserlaubnis brachte. Das Gesetz lief zum 31. März aus, so beendete das Netzwerk die alte Kampagne, um sogleich eine neue zu starten.

Ukraine: AktivistInnen von Noborder-Kiew starteten im Februar 06 eine Kampagne gegen die Abschiebung von Flüchtlingen aus Usbekistan. 11 Flüchtlinge waren nach ihrer Asylantragstellung sofort nach Usbekistan zurückgeschoben worden, wo sie inhaftiert wurden. Ihr weiteres Schicksal ist ungeklärt. Gemeinsam mit Flüchtlingen der usbekischen Community und MenschenrechtsaktivistInnen verschiedener Gruppen organisierte Noborder-Kiew Protestaktionen auf der Strasse, kombiniert mit einer Medienkampagne und offiziellen Anfragen. Das Justizministerium mußte zwar zugestehen, dass die Abschiebungen unrechtmäßig waren, aber die Kampagne geht weiter, denn die weitergehenden Ziele sind damit längst nicht erreicht.

Grossbritannien: Im letzten Jahr kam es zu einem Aufschwung in den Kämpfen von MigrantInnen und Flüchtlingen. Zum einen gab es eine wachsende Zahl selbstorganisierter Initiativen von Abschiebehäftlingen, von gemeinsamen Forderungen gegen die Haftbedingungen bis hin zu Hungerstreiks. Und diese Proteste hatten, wie im Fall von Colnsbrock in London im April, bisweilen auch Demonstrationen von außerhalb zur Folge. Zum anderen haben arbeitsplatzbezogene Kämpfe zugenommen, an denen MigrantInnen beteiligt sind. Bemerkenswert vor allem die "Justice for Cleaners"-Kampagne (Gerechtigkeit für Putzkräfte) in der U-Bahn und in der Stadt von London. Vernetzung und Kommunikation kommen weiter voran, sie verschaffen migrantischen Kämpfen mehr Aufmerksamkeit. Und vermehrte Aufrufe von NGOs, Nachbarschaftsinitiativen und Gewerkschaften bringen gerade die Frage der Legalisierung wieder zurück auf die Tagesordnung.

Was Crossing Borders will - über diesen Newsletter...

Crossing Borders steht für den Versuch, mehr transnationale Kommunikation in Gang zu bringen. Unser Ziel ist die Konsolidierung und Ausweitung der migrationsbezogenen Vernetzung in, um und über Europa hinaus. Wir ignorieren nicht die Unterschiede der Realitäten und Kämpfe in den jeweiligen Regionen, Ländern oder Kontinenten. Aber wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, diese Differenzen zu überbrücken, sie zu kommunizieren: Crossing Borders meint eben auch diese Grenzen zu überschreiten! Wir zielen auf einen "Prozess der Gemeinsamkeiten", nicht nur indem wir Informationen und Erfahrungen austauschen, sondern vor allem indem wir einen gemeinsamen Widerstand gegen das globale Apartheid- und Migrationsregime entwickeln. Und indem wir dabei für die gemeinsame Forderung nach Bewegungsfreiheit kämpfen. Unser Newsletter setzt den Schwerpunkt auf Bewegungen und Kämpfe der Migration, und versucht, deren Vielfältigkeit einzubeziehen. In jeder Ausgabe wollen wir unterschiedliche Proteste und Kampagnen vorstellen, soziale und politische Kämpfe aus verschiedenen Orten. Das ist auch ein erster Anlass, warum wir alle auffordern, uns -zumindest in einigen Sätzen - ihre Erfahrungen zuzuschicken. Doch eine breitere Beteiligung an diesem Projekt ist auf mehreren Ebenen gefragt und nötig. Unser Anspruch, in vielen Sprachen zu erscheinen, erfordert regelmäßige Hilfe bei der Übersetzungsarbeit. Und der Newsletter wird zwar zunächst ins Internet gestellt, aber am wichtigsten ist letztlich, dass an möglichst vielen Orten Ausdrucke gemacht werden, das er kopiert und verteilt wird, insbesondere in den migrantischen Treffpunkten und Netzwerken. Crossing Borders ist eine Initiative des Frassanito-Netzwerks und wir planen ein regelmäßiges Erscheinen zumindest alle 3 bis 4 Monate. Aber auch das hängt vom Feedback und von einer breiter getragenen Mitarbeit ab. Insofern sind nochmals alle eingeladen, durch Beiträge und Verteilung mitzuwirken.

Kontakt: frassainfo@kein.org Webseite: www.noborder.org/crossing_borders